„Berliner Tageblatt“
erscheint täglich zweimal mit Ausnahme des Sonntags, an welchem es nur in einer Morgenausgabe ausgegeben wird. Man abonnirt außerhalb Berlins bei allen Post-Anstalten des deutschen Reichs, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Holland), Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Rußlands und der Donaustaaten; in Berlin bei der Expedition, Jerusalemerstraße 48/49; Filiale Friedrichstadt: Friedrichstraße 66; Filiale Königstadt: Königstraße 56/57; Filiale Louisenstadt: Prinzenstraße 41; bei allen Zeitungsspeditoren und Stadtbotenämtern. Für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich.
Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis
auf das „Berliner Tageblatt“ nebst „Handels-Zeitung“, sowie dem illustrirten Blatt „UTLE“, der soeben „Montags-Ausgabe „Zeitgeist“ und „Technische Rundschau“, dem Sonntagsblatt „Deutsche Lesehalle“ und den „Mittheilungen über Landwirthschaft, Gartenbau und Hauswirthschaft“ vierteljährlich 3 Mark 25 Pf., Ausland egtl. Postaufschlag; bei direkter Zusendung unter Kreuzband 14 M. pro Quartal (für Berlin auch monatlich 1 M. 75 Pf. incl. Botenlohn, bei separater Zustellung des Abendblattes 2 M. pränumerando). — Inserate à Zeile 50 Pf. („General-Anzeiger“ 30 Pf.) werden in der Expedition Jerusalemerstr. 48/49, sowie deren Filialen: Friedrichstr. 66, Königstr. 56/57, Prinzenstr. 41 angenommen.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt.

647. Berlin, Sonntag, den 20. Dezember 1896. XXV. Jahrgang.

Politische Wochenschau.

Von
Arthur Levysohn.

r des russischen Botschafters an den Bos-
Beendigung der Petersburger Konferenzen,
gual zu sein für eine neue Initiative der
iplomatie in der Angelegenheit der orienta-
Herr v. Nelidow, den Einige noch immer
ge des Fürsten Lobanow kandidiren lassen,
en Station. Dort hatte er längere Unter-
dem gemeinsamen Minister des Auswärtigen.
ski scheint, bei aller Neigung, das europäische
Sultan gegenüber aufrechtzuerhalten, Anfangs
dem gemäßigten Tempo einverstanden ge-
das der russische Diplomat im Einverständniß
ierung einzuhalten vorschlug. Rußland will
s ausschließlichen Beschützers der Pforte nicht
aufgeben. Aus diesem Grunde verhält es
gegen alle Vorschläge, die darauf hinaus-
t, im Namen Europas vor den Sultan mit
Ultimatum hinzutreten.

n Anschauungen gehen von der Ueberzeugung
sich bisher auf falscher Fährte befunden, als
nid allgemeine Reformversprechungen oktroyirte.
holten Malen fast widerstandslos am Goldenen
n Zusagen waren stets auf dem Papier ge-
al, weil die Pforte an sich und auch finanziell
, um ihre Versprechungen zur Wahrheit wer-
dann aber auch, weil sich die Unmöglichkeit
das vielgestaltige osmanische Reich über einen
u scheeren. Deshalb will man jetzt, wenn man
druckes bedienen darf, nach Möglichkeit indivi-
soll nicht mehr für Macedonien gelten, was
als unumgänglich galt, und umgekehrt. Die
ischen Persönlichkeiten“ der einzelnen Gebietstheile
n gebührende Beachtung finden, und Hand in
en Zumuthungen soll der Versuch gehen, die
ieil wenigstens insoweit zu kräftigen, daß die
er geplanten Theilreformen nicht mehr, wie
bdiglich am Geldpunkt scheitere.

wohl annehmen, daß Graf Goluchowski des
s willen sich fürs Erste dem hierdurch bedingten
Tempo der europäisch-diplomatischen Aktion an-
. Von Frankreich stand das von vornherein
nd und Italien hatten bisher überhaupt keine
gt, eine Sonderstellung auf dem Kontinent ein-
d so blieb nur England übrig, das sich ent-
e, die Faust in der Tasche ballend, ebenfalls
and vorgezeichneten Weg einzuschlagen. Ob sich
w viel von der Galgenfrist verspricht, die sein
dem Sultan eingeräumt, bleibe dahingestellt.
terlagt er sich, wie jedem seiner diplomatischen
Bosporus, ein irgendwie gesondertes Vorgehen,
ltan gegenüber erscheint der Zar nach wie vor
e des uneigennützigen Schirmherrn; wenigstens
die große nordische Klapperschlange, die das
nstein hypnotisirt, den Augenblick für günstig
das arme Opferthier ohne Beschwerden zu ver-

scheint man derartiges zu ahnen, und deshalb
sich nur zögernd, auf die Idee zu verzichten,
mehr im Interesse der Aufrechterhaltung des
status quo lag, die Idee nämlich, freien Raum
neration der Türkei an Haupt und Gliedern
haffen, daß man den Padischah aus den er-
nden seiner alttürkischen Günstlingswirthschaft
e Kenner des Orients vermögen sich von allen
en, von allen Anläufen Abdul Hamids nichts
zu versprechen, so lange die Pforte, das heißt
nd Minister, vollständig in Schach und Abhängig-
zelnen Persönlichkeiten gehalten werden, die im
ausschließlich das Ohr des Sultans besitzen, Ver-
denen es auf diese Weise gelingt, die immer noch
Machtmittel des Sultanats vornehmlich ihren
eressen dienstbar zu machen.

che Abdul Hamids, durch Audienzen, die er nach
Botschaftern Frankreichs und Oesterreich-Ungarns
nd in denen er mit Amnestiezusagen und allge-
ormredensarten ungemein freigebig war, die
tion der Mächte aufzuhalten und zu zersplittern,
al kein greifbares Ergebniß zu zeitigen vermocht.
ntinentalen Mächte will sich für jetzt auf ein iso-
hen einlassen, und so hat denn Herr v. Nelidow
ießlich das Wort. Vielleicht, daß das Gelingen
n dem russischen Staatsmann wirklich die An-
auf den Posten eines Ministers des Auswärtigen
nn der jetzige Inhaber dieses Portefeuilles in
gilt schlechterdings in der russischen Hauptstadt
nur noch als Platzhalter für einen Größeren.
tzung dieses Postens ist vielleicht dem Zaren selbst
e eine cura posterior. Seine Aufmerksamkeit wird
el ernstlicher von den seltsamen Zuckungen in
nommen, von denen ein großer Theil der aka-
Jugend Rußlands in diesem Augenblick er-
nt. Solche Symptome waren früher freilich nichts
Reiche des „großen Väterchens“ — aber seit ge-
t tritt die Unruhe unter der Studentenschaft jetzt
Mal wieder offen in die Erscheinung. In Moskau allein sollen siebenhundert akademische Bürger verhaftet worden sein. Aus Petersburg und Charkow werden ähnliche Thatsachen gemeldet. Mehrere dieser Universitäten mußten zeitweilig geschlossen werden. Noch weiß man allerdings nicht, ob diese Gährung mehr lokal-studentischen Ursprunges ist, oder ob sich politische Unterströmungen bedenklicher Natur darunter verbergen. Jedenfalls ist es das erste Mal, daß unter Zar Nikolaus II. sich Vorkommnisse ereigneten, die beweisen, daß die Ruhe, die in Rußland zu herrschen schien, nur eine trügerische gewesen ist.

Man braucht die Tragweite der also dokumentirten Erregung nicht zu überschätzen und kann doch der Ansicht sein, daß derartige Begebnisse sehr wohl im Stande wären, den leitenden Männern den Gedanken einer Ablenkung nach außen nahezulegen. Der letzte orientalische Krieg vom Jahre 1877 entsprang unter Alexander II. im Grunde auch kaum anderen Erwägungen. Wie dem aber auch sei, — so viel darf man kühn behaupten, daß das möglicherweise sich zusammenziehende Gewitter jedenfalls nicht gegen Westen sich entladen werde. So weit ist, auch ohne einen besonderen deutsch-russischen Rückversicherungsvertrag, die Lage zu Gunsten des Friedens geklärt.

Nachdem man erlebt, daß die Indiskretion, die in den „Hamb. Nachrichten“ die Existenz dieses Vertrages enthüllt hat, bei unseren Dreibundfreunden doch einen Bodensatz von Argwohn und Mißtrauen zurückgelassen hat — die jüngsten Verhandlungen im italienischen und ungarischen Parlament haben es deutlich bewiesen —, versucht man von Friedrichsruh aus das Grundlose dieser volksthümlichen Beanstandungen der deutschen Vertragstreue dadurch zu erweisen, daß man versichert, die Staatsmänner in Wien hätten rechtzeitig von dem deutsch-russischen Separatabkommen Kenntniß erhalten, und die Staatsmänner in Rom hätten sich auf eigene Faust durch einen Privatvertrag mit dem Zarenreich eine ähnliche Rückendeckung zu sichern gewußt. Von beiden Hauptstädten aus erfuhr allerdings diese Behauptung entrüstete Zurückweisung — aber selbst, was doch noch stark zu bezweifeln bleibt, selbst wenn diese Friedrichsruher Unterstellungen im Grunde Wahres behaupten sollten, läßt sich doch nicht leugnen, daß der Nimbus, der bisher die sprichwörtliche „deutsche Treue“ umstrahlte, infolge der Hamburger Geschwätzigkeit eine starke Einbuße erlitten hat.

Damit wird sich das deutsche Volk, werden sich die Nachfolger des Fürsten und des Grafen Bismarck wohl oder übel abzufinden haben. Von einer angeblichen Hinneigung zur englischen Politik, zu deren Hintanhaltung ja diese famosen Indiskretionen begangen worden sein sollten, hat inzwischen kaum Jemand etwas bemerkt, es sei denn, man wolle sie in der Thatsache finden, daß Deutschland im Verein mit Rußland sich geweigert hat, dem französischen Verlangen, die egyptische Frage anzuschneiden und Englands Vormachtstellung am Nil im Interesse der Republik zu verkürzen, schon jetzt nachzugeben. Sonst ist über allen Wipfeln Ruh', und die Weihnachtsstimmung tritt in ihre Rechte.

Freilich hat die Ermordung des deutschen Bankiers Haefsner in Tanger blutige Schatten auf die beginnende Festzeit fallen lassen. Von allen Seiten verlangt man exemplarische Bestrafung nicht nur der Schuldigen, sondern auch der Regierung von Marokko. Die blutige Sühne wird ja nicht lange auf sich warten lassen. Sie wird eher erreicht werden als manch anderes Desideratum des deutschen Volkes. Denn die Penelope-Arbeit, deren sich der Bundesrath unterzog, als er die Novelle über die Strafvollstreckung zurückzog, weil der Reichstag nicht gewillt war, eine Verschlechterung der ersten Instanz mit dem Zugeständniß der Berufung zu erkaufen, macht vielen frohen Hoffnungen ein Ende. Es hält schwer, zu glauben, daß lediglich finanzielle Gründe für dies Verhalten der Regierungen maßgebend gewesen. Aber es ist leider doch so, und nach wie vor heißt es bei uns: Miquel ist Trumpf.

Der Hafenarbeiterstreik.

In Hamburg haben gestern, wie wir bereits mittheilten, fünf große Arbeiterversammlungen stattgefunden, die sich mit dem Streik beschäftigten. Wie uns ein Privat-Telegramm unseres T-Korrespondenten meldet, haben sich **7265 Arbeiter** in diesen Versammlungen für eine **Fortsetzung des Streiks** erklärt, während **3671 dagegen** stimmten. Jedenfalls beabsichtigt ein großer Prozentsatz der Arbeiter, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Packetfahrtgesellschaft und mehrere große Kohlengeschäfte theilen nämlich mit, daß ihre Arbeiter am Montag wieder anfangen würden.

Ueber die Vorgänge in diesen Versammlungen depeschirt unser Hamburger L-Korrespondent weiter:

Während von 2467 Schauerleuten die kolossale Majorität von 2370 für die Fortsetzung des Streiks stimmte, waren von 2067 Ewerführern nur 335, von 1886 Unjarbeitern nur 565 dafür. Die Ewerführer wollen von den übrigen Streikenden gedaßt, sondert über die Aufnahme der Arbeit am Sonntag Vormittag abstimmen. Die Redner behaupteten, die Schauerleute seien ihnen beim Streik 1890 in den Rücken gefallen. Die Ewerführer sind am schwersten zu entbehren oder zu ersetzen. Falls diese die Arbeit aufnehmen, ist der Streik verloren.

Uns will scheinen, daß der Streik das jetzt schon sei. Sobald die Streikenden erst unter sich uneins sind, ist das Ende des Ausstandes nahe.

* * *

T Hamburg, 19. Dezember. (W. T. B. Die Mehrheit der Arbeiter beurtheilt die Lage der Arbeitgeber als eine zu weiterem Nachgeben zwingende. Ich hörte von fast fanatisch gestimmten Arbeitern, sie würden streiken, selbst wenn es keine Streikgelder mehr gäbe. Die Erregung unter den Streikenden steigt. Gestern wurden 20 Verhaftungen vorgenommen.

* * *

Hamburg, 19. Dezember. (W. T. B.) In einer der heutigen Arbeiterversammlungen äußerte der Reichstagsabgeordnete **Legien:** Mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage des Ausstandes empfehle er die Annahme des Vorschlages des Senats. Wenn jedoch die ausständigen Hafenarbeiter den Muth und die Kraft besitzen sollten, die Verhältnisse zu ertragen, mit denen sie in den nächsten Wochen zu rechnen hätten, dann würden die Mittel für die nächsten Wochen noch aufgebracht werden können. Die einzige Schwierigkeit in diesem Falle sei, daß man sich finanziell lahm lege. Wenn die Ausständigen durch festes Ausharren siegen würden, so würden die Opfer, die man gebracht habe und noch bringen werde, unbedeutend sein. Er überlasse es den Ausständigen, zu entscheiden, ob sie geneigt seien, auszuhalten, oder ob sie wankend werden wollten. Nach der Verkündigung des Resultats der Abstimmung forderte Legien die Ausständigen auf, mit aller Energie zu beweisen, was der Begriff „Solidarität“ sei, und bemerkte weiter, es sei nunmehr jedes Einzelnen Pflicht, auch ohne Unterstützung am Widerstande festzuhalten.

* Eine **Ermäßigung der Fernsprechgebühren** auf 25 Pfennig (anstatt 30 beziehungsweise 50 Pfennig) hat der Staatssekretär des Reichspostamts vom 1. Januar ab verfügt für Gespräche zwischen Stadtfernsprechstellen, die in der Luftlinie nicht mehr als 50 Kilometer von einander entfernt sind. Das ist doch wenigstens einmal ein Anfang.

* Hinter dem **Artikel der „Bank- und Handelsztg.“** vom 3. November über den Zweck der Enthüllungen der „Hamb. Nachr.“, wie hinter dem der **„Dtsch. Tagesztg.“** vom 6. November, der jenen als ein Kukuksei des Auswärtigen Amtes bezeichnete, wird, der „Wes.-Ztg.“ zufolge, ein **freikonservativer agrarischer Parlamentarier** vermuthet. Den Gerüchten, daß dem gegen die „Dtsch. Tagesztg.“ eingeleiteten Strafverfahren keine Folge gegeben werden solle, liegt wohl nur der Wunsch der Betheiligten zu Grunde.

✠ Außer den bereits früher an dieser Stelle besprochenen Schriften der Generale Cleinow und Pfister sowie des Rechtsanwalts Fuld über die **Militärstrafprozeßreform** liegen wieder zwei neue vor, beide aus Baiern stammend. Die erste führt den Titel: „Die Oeffentlichkeit im Militärstrafprozeß zusammt den ihr verwandten Materien,“ beleuchtet von Friedrich Zenk, königlich baierischer Oberstabsauditeur, Richter am königlichen Militärbezirksgerichte Würzburg. (Gnad u. Co. 1896.) Sie ist ohne Leidenschaft, aber mit einer unerträglichen Weitschweifigkeit abgefaßt, die selbst für juristische Kreise zu weit gehen dürfte. Im Interesse der Sache muß man das bedauern, weil sich dadurch Mancher abhalten lassen wird, die zum Theil aus der Erfahrung geschöpften Ausführungen des Verfassers durchzulesen. Zenk ist ein Gegner des preußischen geheimen Inquisitionsverfahrens, aber auch kein Vertheidiger einer unbedingten Oeffentlichkeit. Das wird bereits dadurch klar, daß Zenk das baierische Verfahren „zu modern“ nennt. Außerdem trage es den militärischen Bedingungen zu wenig Rechnung. Im Uebrigen verlangt er für alle nichtmilitärischen Vergehen volle Oeffentlichkeit, nur will er Unerwachsene, weibliche Personen, Untergebene des Angeklagten und die Soldaten zweiter Klasse ausgeschlossen sehen. Bei militärischen Vergehen wünscht Zenk nur „Militäröffentlichkeit“; doch soll der Vorsitzende auch Bürgern den Zutritt gestatten können. Ferner unterscheidet Zenk zwischen einem Verfahren für den Krieg und den Frieden. Im Kriege soll gegen Heeresangehörige der Feldarmee nicht öffentlich verhandelt werden, gegen diejenigen der immobilen Armee dagegen nach dem Verfahren des Friedensprozesses. Bei Gerichten innerhalb eines Belagerungszustandes wird wieder das öffentliche Verfahren befürwortet. Grundsätzlich soll die Oeffentlichkeit des Verfahrens im Militärstrafprozeß da eintreten, wo sie im bürgerlichen Strafprozeß besteht, doch soll bei Beleidigungen und leichten Körperverletzungen die Oeffentlichkeit auch dann ausgeschlossen sein, wenn der Verletzte es beantragt und die Staatsanwaltschaft zustimmt. Die Schrift ist übrigens bereits die zweite Auflage einer Ausführung des Verfassers. Ihre erste erschien 1893 unter dem Pseudonym M. Gr. Schultheiß. Auswärtige Diplomaten, Gelehrte und Militärattachees haben dem Verfasser die Uebersetzungen aus fremden Rechten geliefert.

Die zweite Schrift: „Das deutsche Militärstrafverfahren mit besonderer Berücksichtigung des geltenden preußischen, baierischen und württembergischen Rechts“ von Dr. jur. K. Kraus, Hauptmann a. D. (J. Schweitzer, München) bewegt sich ungefähr in denselben Anschauungen wie die erste. Der Verfasser sagt: „Die Reform muß sich vollziehen durch Anschluß an den gemeinen Strafprozeß mit den durch die militärdienstlichen Interessen gebotenen Modifikationen unter Beachtung der Erfolge der Wissenschaft. Keines der bestehenden Systeme kann ausschließlich als Grundlage dienen; dem preußischen macht man den Vorhalt, es sei zu militärisch, dem baierischen, es sei zu umständlich, zu bürgerlich.“ Leider hat der Verfasser jedoch nicht das gehalten, was sein Titel verspricht. Seine Darlegungen sind zudem häufig unklar. Unseren Standpunkt

Hierzu für die Berliner Abonnenten „Deutsche Lesehalle“ Nr. 51.